

Anmerkungen zur diskutierten EURO-Rettung

Derzeit kann man den erbitterten Ökonomenstreit aller Denkschulen zur Lösung der EWU- und Finanzmarktkrise, also zur EURO-Rettung, nur mit Staunen quittieren. Dieser Streit scheint den Ruf der alt-ehrwürdigen Akademie-Wissenschaft „Ökonomie“ zu Grabe zu tragen. Einige etablierte Ökonomen agieren gleichsam „unversöhnlich“ in Richtungen verschiedener ideeller Gruppierungen und deren Interessenverbänden.

Die „Eskalationskrise der Finanzmärkte“ wirft damit ihre Schatten auf das „unvoreingenommene Denken“ der bürgerlichen-konserverativen Eliten insgesamt. Der Vorwurf von Links lautet: „Die Mainstream-Politik und ihre konservativen Ökonomen müssen endlich ihren Irrglauben aufgeben, dass eine Währungsunion von sich aus schon dafür Sorge, dass sich die beteiligten Ökonomien einander angleichen und zusammenwachsen.“ Dies fordern die Ökonomen *Hickel/Troost* stellvertretend für alle Linken. Und weiter: „Die Euro-Krise zeigt, dass die Wirtschafts-, Lohn-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der einzelnen Länder unbedingt aufeinander abgestimmt werden müssen, weil sich ein Währungsraum sonst immer weiter auseinander entwickelt.“ (Hickel/Troost, a.a.O.)

Das allerdings setzt eine weitgehende Steuerung der notwendigen Entscheidungen in den wirtschaftsbezogenen Politikbereichen der EU voraus, für die die gegenwärtigen EWU-Institutionen nicht konzipiert sind. Es ist dies die *links-reformerische Vision* von einem *neu geordneten großkapitalistischen Europa samt seiner entmachteten Finanzmärkte und deren Großbanken*.

Wie kommt Europa weiter bei der Auflösung der zunehmenden Konflikte der EWU-Krise? Die publizierte Meinungsvielfalt hierzu kann nachstehend nur selektiv (und zugleich subjektiv) ausgewertet werden.

1. In Kreisen der Linken der BRD spitzt sich die Debatte über die Chancen einer „europäischen Ausgleichsunion“ zwecks Rettung vor der Dauerkrise der EWU gegenwärtig zu. Der Abbau oder die Minderung der *finanziellen* Länder-Export-Ungleichgewichte in der EU mittels finanzpolitischer Kontrollen bzw. Regulatorien im EU-Rahmen wird dabei als „ausreichend“ empfunden. Die Frage nach einer hochwirksamen *administrativen* Regulierung der *realwirtschaftlichen* Exportüberschüsse innerhalb der EU-Länder gelangt dabei nicht näher in den Sichtbereich.

Offenbar ist eine realistische Lösung für die Regulierung der realwirtschaftlichen Exportüberschüsse konkret *noch nicht* ausgearbeitet. Einerseits bestimmen noch im-

mer die dominierenden Kapitalinteressen der Exportwirtschaft die Zurückweisung regulatorischer staatlicher Eingriffe in ihre Unternehmenspolitik. Andererseits gibt es ohne solche staatliche Regulierung (nebst Abstimmung auch der dann zulässigen EWU-Importe) keine Chance, die zu hohen Exportüberschüsse innerhalb der EU effektiv zu regulieren. Hier gilt: „Der Markt wird es so nicht richten und der profitorientierte Finanzmarkt wird es so nicht wollen.“

2. Erinnern wir uns, welche Probleme es schon immer bei der staatlichen Regulierung des nationalen *Rüstungsexports* gab, und wie diese Zwangsregelung immer wieder durchlöchert wurde, weil die Profitinteressen der Großkonzerne sich nicht beschränken lassen wollten. Dies wäre also kaum ein erfolgversprechendes „Muster“ für das gesamte Gebiet der Außenwirtschaft (Exportwirtschaft und Importwirtschaft zugleich).

Der regulatorische Zwangsapparat auf staatlicher Ebene müsste hierfür völlig neu und „durchgreifend“ organisiert sowie jeglicher „stiller“ Widerstand gebrochen werden. Schon erste Ansätze in diese Richtung würden den massiven Protest jener hervorrufen, die in politischen Institutionen heute die Interessen der Export-Lobby vertreten, ganz zu schweigen von deren zu erwartenden mafiosen Behinderungen eventueller staatlicher Zwangsmaßnahmen.

Dies wird gegenwärtig durch den EU-weiten Interessenkonflikt nationaler und institutioneller EU-Mandatsträger gleichsam zum „übernationalen Bollwerk“ gegen eine geforderte „Ausgleichsunion“ hochstilisiert. Schon im nationalen Rahmen der BRD gibt es andauernde Opposition z. B. gegen eine Fortsetzung schon bestehender Verfassungsregelungen zum regionalen und zum solidarischen Finanzausgleich der Bundesländer und für die Forderung nach deren „zeitgemäßer Reformierung“, die z. Z. von den „wohlhabenden“ West-Geberländern ausgeht.

3. *Ulrich Busch* hat kürzlich (auch in dieser Homepage) die entschiedene Auffassung vertreten: „Statt die Abschaffung, Zerschlagung, Stilllegung usw. von Finanzinstitutionen und -märkten zu fordern, sollte deren demokratische Ausgestaltung und Regulierung angestrebt werden.“ Die Vision von einer solchen Chance droht von vornherein am Interessenkonflikt und den gegebenen Machtverhältnissen im deutschen und EU-Parlament zu scheitern. Hier müsste eine *konkrete, übergreifende realwirtschaftlich Konzeption* für die *demokratische* Regulierung zunächst eine ideelle Wende und eine Änderung der parlamentarischen Mehrheitsmeinungen einleiten. Dies setzt auch m.E. einen gezielten Umschwung in den mittelfristigen Interessenlagen der Export- und Import-Großkonzerne voraus. Wenig voraussehbar ist, ob und wie dies durch gesetzliche Bestimmungen überhaupt bzw. hinreichend begleitet oder erzwungen werden könnte.

4. Skeptizismus ist also fernerhin geboten, was sich auch in „Denkschriften“ von Linken abzeichnen dürfte. Zu dem geforderten Politikwechsel schreiben *Hickel/Troost*: „Ein solcher Politikwechsel ist nur durchzusetzen, wenn bei massiver Verbesserung von Transparenz der Entscheidungen auch die Ansätze demokratischer Willensbildung und Kontrolle ausgebaut werden.“ Wessen politische Entscheidungen? Welche Ansätze? Hier wird leider letzte Schärfe der linken Forderungen und der Kritik offenbar vermieden oder untertrieben. Dennoch sollte diese Forderung notwendiger Weise zugespitzt adressiert werden. Dies ist der Weg zu einer von Gewerkschaften und alternativen Linken gleichermaßen angestrebten „Transfer- oder Ausgleichsunion“ in Europa auf der Basis einer koordinierenden Politik. Hiergegen richtet sich jedoch scharfe Kritik sowohl von rechtskonservativen als auch von „Linksaußen“ stehenden Kreisen.

5. Nach den Vorstellungen z.B. von *Hickel/Troost* sollten durch einen neuen EU-Fonds „Projekte zum Strukturwandel und zum Ausgleich der Leistungsbilanzen in Überschuss- und Defizitländern finanziert“ werden, so dass „die beteiligten Länder dadurch den Anreiz haben, ihre Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial-, Steuer- und Strukturpolitik frühzeitig zu koordinieren, um größere Ungleichgewichte gar nicht erst entstehen zu lassen.“ (S. 20)

Vorerst geht es zunächst um die schon bestehenden enormen Export-Ungleichgewichte, aber es ist nicht zu übersehen, dass auch bei diesen Autoren die finanzpolitischen Entscheidungen zur „Euro-Rettung“ dominieren. Von den ergänzenden realwirtschaftlichen staatlichen Regulierungen zum Defizit ausgleichen aber ist vordergründig keine Rede. Es wäre kaum effektiv, im Nachtrab zur finanzmarktgetriebenen Exportwirtschaft und bei sich künftig noch vollziehenden größeren Fehlentwicklungen nur nachträglich finanzpolitisch steuernd zu korrigieren. Dies ist zu hinterfragen, weil m. E. die Mechanismen der *effektiven Rückkopplung* von der staatlichen Finanzregulierung auf die autonomen Prozesse der Realwirtschaft offenbar letztlich das Kernproblem bilden, ohne dessen administrative Lösung jede realistische Erwartung zur Lösung scheitern könnte.

6. Jetzt hat sich auch *Klaus Dräger* (als Mitarbeiter der Linksfraktion im EU-Parlament) kritisch zur Konzeption der deutschen Linken, darunter auch zur Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, geäußert. Er hebt seine generellen Einwände wie folgt hervor: „Ein Wechsel bestehender öffentlicher Schulden auf Eurobonds bewirkt aber weder Entschuldung noch eine neue fiskalische Schuldenkapazität für die Eurozone ... Was wäre damit gewonnen?“ (S. 56/57)

Und er fragt: „Wer sind dann aber die Akteure, um einen Politikwechsel voranzubringen? ... Erst die Angst des Großkapitals, dass die Situation außer Kontrolle geraten könnte, macht es zu Zugeständnissen bereit. Ohne verallgemeinerten 'sozialen

Aufruhr', den die EU-Eliten in der Krise 2008/2009 befürchteten, wird sich weder in Deutschland noch in der EU etwas zum Positiven bewegen." (S. 57)

Diese harte Kritik an der Position der gewerkschaftlichen und alternativen Linken in der BRD aus dem Blickwinkel der *europäischen* Linksfraktion, die sich gegen die angeblich „strategielose“ Linksdebatte richtet, rundet das Bild gleichsam ab. Der Vorwurf einer „linken Strategielosigkeit“ scheint jedoch übertrieben: es ist die *systemreformerische Strategie gewünschter Dominanz in der EU, die sich ansatzweise artikuliert*. Doch wie die historische Erfahrung zeigt: oft ist der Weg auch das Ziel.

September 2012